

Eine Politik allein für Profiteure

Dienst am Menschen: „Den Staat stärken“, FR-Meinung vom 23. März

Konservative haben unsere Zukunft nicht im Blick

Für die Zerstörung der CDU/CSU braucht es nicht mal mehr einen Rezo. Tatsächlich sind es die noch als jung geltenden CDU-Politiker in höchsten politischen Ämtern, die diese vollziehen. Der Leitartikel von Thomas Kaspar eröffnete einen Blick darauf. Doch muss man sich ergänzend die Frage stellen, ob unser Land mit solchen Politikern überhaupt in der Lage ist, unsere Gesellschaft sozial-ökologisch zu transformieren. Oder stellt sich der CDU/CSU wie auch ihren Führungspersonen diese Aufgabe gar nicht?

Was hätte einen Minister Spahn daran gehindert, die Maskenproduktion nicht gleichzeitig mit ökologischen Auflagen zu versehen? Schließlich hat das Gesundheitsministerium den Prozess doch dominant angelegt. Zudem sehr komplex und verschachtelt, wie es in den Medien zu lesen ist und an der Maskenaffäre deutlich wird. Warum also nicht eine deutliche Anforderung hinsichtlich der ökologische Unbedenklichkeit der Produkte vorschreiben, die z.B auch eine entsprechende Entsorgungsmöglichkeit enthält? Das ist keine Nachlässigkeit des Gesundheitsministers. Er hat unsere Zukunft nicht im Blick, was ebenso für Herrn Scheuer (Mobilitätswende) und Frau Klöckner (europäischer Green Deal)

gilt. Es ist das Prinzip: Nur keine Anforderungen an die Wirtschaft stellen, die über den Status quo hinausgehen. Und überdies allen Akteuren versichern, dass sie weiterhin in den überkommenen Strukturen erfolgreich, meint profitträchtig, agieren können. Wer braucht diese Art von Politik, außer den Profiteuren?

Gerhard Bruckmann, Darmstadt

Appelle an freiwillige Verpflichtung reichen nicht

Thomas Kaspar stellt im Leitartikel die Nähe der CDU/CSU zur Wirtschaft heraus: „Nur nichts beschließen, was den Unternehmen schaden könnte“. Diese Grundhaltung zeigt sich besonders einschneidend in der Corona-Politik: Die privaten Bürger werden mit Maßnahmen, deren Wirksamkeit oft gar nicht belegt ist, über Gebühr strapaziert – aber die Unionsparteien verweigern jede Verbindlichkeit von Pandemie-Maßnahmen für die Wirtschaft.

Es müsste doch – nach dieser Serie von Lockdowns und halb-garen Corona-Maßnahmen – inzwischen der Dummste kapiert haben, dass der Ansatz der „freiwilligen Selbstverpflichtung für Unternehmen“ krachend gescheitert ist!

Viele Unternehmen werden ohne gesetzliche Verpflichtung keine Corona-Schnelltests für ihre Belegschaften organisieren,

denn da könnten ja Mitarbeiter als Corona-positiv identifiziert werden, die dann in Quarantäne müssen und nicht mehr arbeiten können – und vielleicht könnten ja sogar Infektions-„Hot Spots“ wie in der Fleischindustrie aufgedeckt werden. Und prekär Beschäftigte werden aus Angst um ihren Arbeitsplatz keine Testungen verlangen, sondern weiterarbeiten und hoffen, dass die Halbschmerzen schon von allein aufhören.

Auch die jetzt beschworenen Teststrategien für Schulen werden nur dann Erfolg haben, wenn wirklich alle Schüler – zum Beispiel unter Aufsicht des Lehrers – regelmäßig einen Corona-Selbsttest durchführen. Damit würde zuverlässig verhindert, dass infizierte Schüler unerkannt bleiben und andere Kinder oder Lehrer mit dem Virus anstecken. Und den Unternehmen muss dann eben zugemutet werden, dass mehr Kinder zu Hause bleiben und deren Eltern vielleicht kurzfristig nicht in vollem Umfang arbeiten gehen können.

In normalen Regierungszeiten geht es meist „nur“ um Geld, Steuern, Renten, Mindestlöhne usw. In der Pandemie-Krise geht es um Gesundheit und Menschenleben – da ist eine falsche Rücksicht gegenüber der Wirtschaft mitunter tödlich.

Martin Gülzow, Langen

Diskussion: frblog.de/dienende-politik



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210329.

Schutz und Pflege von Insekten – dafür würden viele Menschen gern etwas tun, denn die Zahl der Insekten sinkt gefährlich. Bronski baut daher seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Insektenhotels, Totholz – lesen Sie bitte hier: frblog.de/garten-02

Uns droht ein schlechteres Leben

Klimapolitik: „Ein Gesetz von unten“ und „Kompromisse bei der Windkraft sind möglich“, FR-Wissen vom 24. und 13. März

Ein radikales Klimaziel von minus 1,5 Grad

Der „Club of Rome“ hat bereits Anfang der 70er Jahre gemahnt, dass die Ressourcen der Erde endlich sind. Danach wird bis heute der Raubbau an unserer Erde und ihre Zerstörung immer stärker vorangetrieben.

Ein Ziel der Weltklimakonferenzen ist, dass der jährliche Temperaturanstieg nicht mehr als 1,5 Grad betragen soll. Für mich ist das noch viel zu viel. Ziel müsste sein, einen jährlichen Temperaturabstieg zu erreichen. Bei einem Temperaturanstieg von 1,5 Grad verlangsamt man doch nur die Katastrophe, sie kommt halt etwas später.

Die Weltklimakonferenz wollte die Erde vor der Umweltzerstörung zu retten und den unaufhaltsamen Temperaturanstieg verhindern. Dieser führt zum Abschmelzen aller Gletscher in Grönland, in der Arktis, der Antarktis, zum Auftauen der Permafrostboden (setzt enorm viel CO₂ frei). Fast alle Forscher waren total überrascht, wie schnell die Temperatur vor allem im Meer in die Höhe gegangen ist und der Wasserspiegel dadurch anstieg. Die Verschmutzung der Meere durch Plastikmüll, das Abholzen der Regenwälder, das Aussterben von tausenden Tierarten, die Zunahme von Wirbelstürmen, Starkregen,

Dürren sorgen für eine Erde, die für die Mehrheit der Menschen künftig ein wesentlich schlechteres Leben bedeutet. Wanderbewegungen zu vermeintlich besseren Lebensverhältnissen werden gewaltig zunehmen. Was wir bis jetzt erleben, ist nur ein kleiner Anfang.

Das führt in fast allen Ländern zur Ausbreitung rechter, faschistischer Tendenzen und Parteien. Die fordern „Deutschland den Deutschen“ oder „Amerika First“ und haben damit einfache, nachvollziehbare Schlagworte. Bert Brecht schrieb nach dem Zweiten Weltkrieg ein Gedicht, in dem der Satz vorkommt: „Der Schoss ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“.

Wenn Klimawandel und Erderwärmung überhaupt noch rückgängig gemacht werden könnten, müsste noch viel Radikaleres gefordert werden: ein Klimaziel von minus 1,5 Grad.

Wolfgang Seelig, Dietzenbach

Windige Argumente wie der Landschaftsschutz

Zu recht sagt Frau Bruns im Interview, dass der Naturschutz nicht das Haupthemmnis für die Windkraft ist. Dieser Eindruck mag durch die von den Naturschutzverbänden angestrebten Prozesse entstanden sein. Die Verbände verfügen jedoch nicht unbegrenzt über finanzielle Mit-

tel. Daher wird nur dann geklagt, wenn die Verstöße gegen das Naturschutzrecht so eindeutig sind, dass die Erfolgswahrscheinlichkeit entsprechend hoch ist.

Die von Frau Bruns angesprochenen Kriterien für die Ausweisung von Konzentrationszonen spielen in der Praxis leider eine untergeordnete Rolle. Da die Kommunen für die Ausweisung verantwortlich sind, ist die Akzeptanz der eigenen Wähler der wichtigste Aspekt. Die Mehrheit der Bevölkerung mag für den Ausbau der regenerativen Energien sein, aber nur solange sie nicht vor der eigenen Haustür stattfindet. Um das zu gewährleisten, müssen „windige“ Argumente wie der Schutz des Landschaftsbildes herhalten. Windig insofern, weil sie bei der Ausweisung von Bau-, Gewerbegebieten und dergleichen nie bemüht werden.

Das hat im ländlichen Bereich zur Folge, dass die Konzentrationszonen und damit die Windanlagen möglichst weit von Ortsteilen ausgewiesen werden. Das sind womöglich Gebiete, in denen die Natur noch am ehesten naturschutzfachliche Probleme entstehen. Jedenfalls ist in meiner Gegend leicht zu erkennen wo die kommunalen Grenzen verlaufen. Man braucht nur zu gucken, wo die Windanlagen stehen. Geert Runhaar, Euskirchen

Zu einfach gedacht

Erwiderung zu „Bellizismus ist keine Lösung“, FR-Forum vom 16. März, u.a.

Da auf meine Wortmeldung zur Sache „Auslandseinsätze“ Einspruch getan wurde, bleibt es mir nicht erspart, mich näher zu erklären. Meine Auffassung gründet in der Idee des Entsatzes: Das Wüten verbrecherischer Staaten muss mit einem Zu-Hilfe-Kommen zwecks Rettung beantwortet werden. Im Vorfeld müssen die besagten Staaten ihrer Verbrechen vor der Völkergemeinschaft angeklagt werden, wofür es einen Passus in den Statuten gibt. Wer bloß zuschaut, macht sich schuldig.

Die Replik von Vera Affeln arbeitet mit dem Einwand, Bellizismus sei keine Lösung. Ich hänge weder Bellizismus noch Pazifismus an. Beide erscheinen mir in abstracto als zu einfach gedacht. Bellizisten mögen fast immer gewissenlos sein, doch es gibt auch gewissensschwache Pazifisten. Das Gewissen des Menschen aber ist unausrottbar.

Möge die Linke endlich erklären, wie sie zu Putin, Xi, Maduro und ähnlichen Gestalten steht und diese nicht mit Beschweigen belegen. Die FR schrieb, was das Verhältnis der Linken zu China angeht: „Vor allem Lob“. Das sagt alles. Das komplette Versagen der Völkergemeinschaft aber trug sich 1995 über mehrere Tage in Srebrenica zu, wo 8000 Jungen und Männer unter den Augen von niederländischen Blauhelmsoldaten ermordet wurden, weil diese nicht einschritten. Der internationale Gerichtshof bewertete das Massaker als Völkermord. Noch 2015 scheiterte eine Resolution des UN-Sicherheitsrats, die die Taten als Völkermord bezeichnete, am Veto Russlands. Ende der Durchsage. Heinz Markert, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/linke

Ungeeignete Taktik

Verbrenner: „Verschärfungen gefordert“, FR-Wirtschaft vom 23.3.

Ehe die „Branche“ und ihre Vertreter über Kriegserklärungen der Politik schwadroniert, sollte sie sich verdeutlichen, dass sie seit Jahrzehnten die eigentlichen „Kriegsverbrecher“ sind: Bis zu den Zähnen bewaffnete, tonnen-schwere SUV-Panzer als Speerspitzen der jeweiligen Flotten sind wahrlich die ungeeignetste (respektive dümmste) Taktik, um an der CO₂-Einsparungsfront zu reüssieren. Jeder Schüler nach dem zweiten Halbjahr Physik weiß das und hätte vermutlich die eine oder andere Idee zu probaten Abrüstungsmaßnahmen hin zu spielender Einhaltung der Euro-7-Norm. Vielmehr sollten die Lobbyisten der „Branche“ der Politik für die langjährigen flankierenden Maßnahmen dankbar salutieren.

Im Übrigen bitte ich um Nachsicht ob meines militanten Jargons. Ernst Hettche, Frankfurt

FR ERLEBEN

Tobias Schwab moderiert das digital übertragene Forum Entwicklung zum Thema „Lernen aus der Pandemie – Wie gelingt Bildung für alle?“. Auf dem Podium: Peter-Matthias Gaede (Vorstand Unicef Deutschland), Prof. Annette Scheupflug (Uni Bamberg, Studiengang „Bildungsqualität in Entwicklungsländern“), Melanie Stilz (Expertin für Digitalisierung und Entwicklungszusammenarbeit), Michael Holländer (Kompetenz-Center Bildung der GIZ). Anmeldung unter forumentwicklung@giz.de. Der Zugangslink wird dann zugeschickt.
Dienstag, 30. März, 18.30 Uhr